

Niederschrift über die Sitzung

Nr. 55

des Gemeinderates Wiesenbronn

am Dienstag, 09. Oktober 2012 im Rathaussaal Wiesenbronn.

Anwesend waren: 1. Bürgermeisterin Doris Paul
2. Bürgermeister Gerhard Roth
3. Bürgermeister Reinhard Fröhlich

Gemeinderäte:

Gudrun Ackermann, Rudolf Ackermann, Anton Hell bis Punkt 7,
Reinhard Hüßner, Norbert Kahl, bis TOP 9 (mitte) Paula König.

Abwesend: Anton Hell, ab TOP 8,
Norbert Kahl, ab TOP 9 (mitte)

Vorsitzende: 1. Bürgermeisterin Doris Paul
Schriftführerin: Monique Göbet

A) Öffentlicher Teil

1. Beschlussfassung des öffentlichen Protokolls Nr. 54

Der Gemeinderat genehmigt den öffentlichen Teil des Protokolls der Sitzung Nr. 54

9 : 0

2. Erledigungsvermerke zu öffentlichen Beschlüssen

Die Bürgermeisterin verliest die Erledigungsvermerke zu den Beschlüssen der vorherigen Sitzung.

	Tagesordnungspunkt	Erledigungsvermerk
3.	Einrichtung eines Wärmeversorgungsnetzes im Gewerbegebiet	LRA
4.	Erstellung eines Energienutzungsplankonzeptes	Rücksprache mit TU München, ob neue Erkenntnisse; Energieagentur Unterfranken(prüfen der Angebote)
5.	Vergabe der Planungsarbeiten Ausbau Schillergasse und Ausbesserung Lötschengasse	Angebote kontrollieren und vergleichen; Zusammenfassung für Gemeinderat
6.	Bauantrag Angela Brand, Spülseestraße 3, zur Errichtung einer Schleppdachgaube, Terrassenüberdachung und Änderung der Fenster am bestehenden Wohnhaus	BA Schmidt; Weiterleitung LRA
7.	Informationen <ul style="list-style-type: none">• Sturmschaden Rathaus• Kindergarten; Gestaltung des Eingangsbereiches, Stellplätze• Leerstandskonzept	<ul style="list-style-type: none">• Dag Schröder, Angebot abwarten• Weiterleitung Daten an Hochschule Schweinfurt
8.	Verschiedenes <ul style="list-style-type: none">• Kirchweih – Angebot über ein Karussells• Wanderbus durch die ÖPNV –Iphofen/Wiesentheid	<ul style="list-style-type: none">• BA Rauh, VGN; Herr Hornig: Haushaltstitel

3. Koordinierungszentrum Bürgerschaftliches Engagement; Vorstellung durch Frau Sandra Thren

Die Bürgermeisterin begrüßt die Sozialpädagogin Frau Sandra Thren.

Frau Thren ist seit dem 1. April 2012 bei der Arbeiterwohlfahrt, (AWO) angestellt. Sie ist die Leiterin des Projektes „Koordinierungszentrum Bürgerschaftliches Engagement“, welches unter dem Slogan „WirKT“ wirbt.

Dieses Projekt läuft erst mal 3 Jahre. Es soll eine Anlaufstelle für alle Bürgerinnen und Bürger sein, welche sich ehrenamtlich betätigen möchten. Ebenso können sich hier Vereine, Institutionen melden, welche Bedarf an Ehrenamtlichen haben. Frau Thren vermittelt dann zwischen Institutionen und Freiwilligen.

Sie betont, dass jeder Freiwillige, egal welchen Alters und welcher sozialen „Schicht“, willkommen ist und dass sie auch Trägerübergreifend tätig ist, und nicht nur für die AWO. So wird das Projekt auch vom Landkreis und vom Staatsministerium gefördert.

Weiter stellt sie kurz die Projekte vor, welche schon laufen. So gibt es zum Beispiel ein freiwilliges Soziales Schuljahr. Hier betätigt sich eine ganze Klasse über das ganze Schuljahr ehrenamtlich und besucht wöchentlich soziale Einrichtungen.

Das in Kitzingen schon lange bekannte Projekt „Eine Stunde Zeit“ wurde jetzt in Zusammenarbeit mit der Caritas auch in Mainbernheim eingeführt.

Das Büro des Koordinierungszentrums wird in nächster Zeit in der Würzburger Straße 5 in Kitzingen eröffnet. Die Öffnungszeiten sind Dienstag: 10:00 – 13:00 Uhr und Mittwoch: 15:00 – 18:00 Uhr. Aber auch außerhalb dieser Zeiten ist sie über Handy zu erreichen.

Die Bürgermeisterin macht den Vorschlag, im Mitteilungsblatt einen Aufruf zu starten. Interessierte Bürgerinnen und Bürger, welche sich engagieren möchten, aber auch Vereine, welche Bedarf an Ehrenamtlichen haben, können sich an das Koordinierungszentrum wenden. Der Gemeinderat hat keine Einwände.

4. Kindergarten; Außengestaltung des Vorplatzes und des Straßenbereiches in diesem Bereich (Vorlage der Kostenvergleiche von Arch. Beuerle)

Wie beim Ortstermin im Kindergarten am 4. Oktober vereinbart, liegt heute die Kostenzusammenstellung für den Vorplatz des Kindergartens vor.

Der Gemeinderat ist sich einig, dass der Vorplatz mit der Straße und den Parkplätzen vernünftig gestaltet werden muss.

Die Kosten für den Ausbau des direkten Vorplatzes sind in den Kosten des Kindergartens mit eingerechnet. Die Flächen, für welche die Gemeinde die Kosten übernehmen muss, sind im Plan gelb eingezeichnet und liegen den Gemeinderäten vor.

Der Vorplatz, die Straße und die Parkplätze sollen barrierefrei gepflastert werden. Die dominierende Pflasterfarbe soll mittelgrau sein. Mit asphaltfarbenden Pflaster soll der Gehweg optisch abgegrenzt werden. Ebenso soll im Straßenbereich alle 2,5 m ein asphaltfarbender Querstreifen verlegt werden. Dies soll die Autofahrer animieren, langsamer zu fahren.

Am Kindergarten linker Hand sollen 2 Parkplätze entstehen und ein einzelner rechts des Gebäudes.

Gegenüber des Kindergartens entstehen 4 Parkplätze, welche von der Gemeinde finanziert werden.

Laut einer Kostenschätzung des Architekten Beuerle ist für den Gemeindebereich mit Kosten von 16.500,-- Euro zu rechnen. Die vom 2. Bürgermeister Roth favorisierte Variante mit Muschelkalkvorsatz würde Mehrkosten von 5.100,-- Euro verursachen.

Der 2. Bürgermeister schlägt vor, den Gehweg auf der einen Seite ersatzlos zu streichen und dafür auf der anderen Seite den Gehweg zu errichten. Der jetzige Gehweg kann dann als Parkplatz umgenutzt werden.

Einig ist sich der Gemeinderat, dass ein zusätzlicher Grunderwerb nicht nötig ist.

Die Bürgermeisterin legt den Gemeinderäten auch den Plan vom Dorfplaner Dag Schröder vor.

Dies schlägt eine Verengung der Fahrbahn vor. Dies wird abgelehnt.

Weiter wird überlegt, das Pflaster „farbiger“ zu gestalten. Hier kam aber schon beim Ortstermin das Argument, dass der Kindergarten farbig und fröhlich genug sei. Rotes Pflaster war eine Modeerscheinung der 80er Jahre. Muschelkalk ist eine derzeitige Modeerscheinung, während grau zeitlos ist.

Um die Autofahrer zur geringeren Geschwindigkeit zu animieren ist ein Geschwindigkeitsmesser effektiver als farbiges Pflaster.

a. Hier fasst der Gemeinderat folgenden **Beschluss**:

Die Fläche, welche als Rasenschotterfläche gekennzeichnet wurde, soll ebenfalls gepflastert werden.

9 : 0

Auf eine Auf- und Abfahrt wird verzichtet.

Der Gemeinderat diskutiert, ob es sinnvoller ist, die Fläche, welche von der Gemeinde finanziert werden muss, über den Architekten mit ausschreiben zu lassen oder ob dies die Gemeinde selbst machen sollte.

b. Beschluss:

Die Gemeinde soll die Firma, welche den Vorplatz pflastert und zwei weitere Pflasterfirmen um einen Kostenvoranschlag bitten. Die Kosten sollen der errechneten Kostenschätzung vom Architekten + die Fläche für den Schotterrasen nicht übersteigen. Die Fläche soll schnellstmöglich vor dem Winter oder ansonsten im Frühjahr gepflastert werden.

9 : 0

c. Beschluss

Der Gemeinderat ist mit dem Gestaltungsvorschlag einverstanden. Nur die geplante Schotterrasenfläche soll gepflastert werden.

9 : 0

Norbert Kahl als Vorsitzender des Kindergarten-Vereins stellt zum Abschluss noch den Vorplatz des Kindergartens vor, welcher in den Planungsbereich des Kindergartens fällt.
Alle Ebenen sind barrierefrei.

Es wird gefragt, ob die Abgrenzung mit der Mauer am Vorplatz nicht für die Kinder gefährlich werden könnte. Der Architekt soll schriftlich darauf hingewiesen werden, dass hier alle Sicherheitsbelange beachtet werden müssen.

Unter den Bäumen im Eingangsbereich sollen Sitzsteine aufgestellt werden.

Im rückwärtigen Bereich sollen weitere 8 Stellplätze entstehen. Auf diesen parken die Mitarbeiter ihre Fahrzeuge. Bei Veranstaltungen ist dies eine zusätzliche Parkmöglichkeit. Ebenso können diese am Wochenende als Wanderparkplatz genutzt werden.

Der Kindergartenvorstand wird vom Gemeinderat gebeten, bei den zwei vorderen Parkplätzen darauf zu achten, dass parkende Autos nicht auf den Weg hinausragen.

d. Beschluss:

Der Baum bei den zwei Parkplätzen soll so verpflanzt werden, dass er nicht im Gehwegbereich steht.

9 : 0

5. Regionaler Planungsverband Würzburg; Anhörungsverfahren mit Beteiligung der Öffentlichkeit

Der Sitzungseinladung lag der Entwurf der Verordnung zur Änderung des Regionalplans der Region Würzburg, betreffend das Kapitel B X „Energieversorgung“, Abschnitt 3 „Windkraftanlagen“ bei. Intention ist es, raumverträglich eine sichere, bezahlbare und umweltverträgliche Energieversorgung in allen Teilräumen Bayerns und der Region Würzburg zu gewährleisten. Dies bedeutet, dass die bisherige strenge Regelung, wo Windkraftanlagen entstehen können, aufgeweicht wird und auch Windkraftanlagen in Naturparks möglich wären.

Hierüber entsteht eine Diskussion zur Energiewende.

Beschluss:

Der Gemeinderat Wiesenbronn stimmt dem Entwurf der Verordnung zur Änderung des Regionalplans der Region Würzburg, betreffend das Kapitel B X „Energieversorgung“, Abschnitt 3 „Windkraftanlagen“ zu.

5 : 4

In einem Schreiben soll dem Regionalen Planungsverband mitgeteilt werden, wie die Abstimmung ausging und warum.

Weiter wird an diesen Punkt angeregt, dass die Verwaltung bei solch umfangreichen Ausführungen (29 Seiten) eine max. 5-seitige Zusammenfassung schreibt, da es für ehrenamtliche Gemeinderäte schwer zumutbar ist, solche umfangreichen Texte zu lesen. Weiter wurde moniert, dass das Anschreiben gefehlt hat.

6. Schreiben Archiv; Gemeinderat Reinhard Hüßner

Die Bürgermeisterin verteilt und verliest ein Schreiben vom Gemeinderat Reinhard Hüßner.

*Sehr geehrte Damen und Herren Gemeinderäte,
zu meinen Aufgaben als Archivpfleger zählt auch die ordnungsgemäße Übernahme und Eingliederung von archivwürdigen Schriftstücken aus der laufenden Verwaltung.
Bisher wurden diese Schriftstücke ungeordnet, unsystematisch und eher zufällig aus der Verwaltungsgemeinschaft Großlangheim an das Gemeindearchiv abgegeben.
Dabei gingen oft Informationen verloren oder die Bedeutung von Schriftstücken wurde nicht erkannt.*

Die Gemeinden sind nach Artikel 57 Absatz 1 der Gemeindeordnung in Verbindung mit Artikel 13 Absatz 1 und 2 des Bayrischen Archivgesetzes verpflichtet für eine Archivierung des eigenen Schriftgutes Sorge zu tragen. Eine Beratung durch die staatliche Archivpflege am Staatsarchiv Würzburg hat ergeben, dass für die ordnungsgemäße Abgabe von Schriftstücken aus der Verwaltung in das Archiv zwei gesetzliche Regelungen einschlägig sind.

Es handelt sich um die „Aussonderungsbekanntmachung“ vom 09.11.1991, gültig für Behörden und sonstige öffentliche Stellen des Freistaates Bayern, und um den „Vollzug des bayrischen Archivgesetzes; Kommunale Archivpflege“ vom 22.1.1992.

Wichtig ist, dass in der letztgenannten Bestimmung den Gemeinden empfohlen wird, die genannte Aussonderungsbekanntmachung, die zunächst nur für die bayerischen Behörden gilt, sinngemäß anzuwenden.

Um eine dauerhafte und ordnungsgemäße Betreuung des Gemeindearchivs für die Zukunft sicherzustellen, stelle ich folgenden Antrag:

„Die Gemeinde Wiesenbronn beschließt, ab sofort die Aussonderungsbekanntmachung der Bayerischen Staatsregierung (Aussonderung, Anbietung, Übernahme und Vernichtung von Unterlagen) vom 09.11.1991 für das in Gemeindeangelegenheiten anfallende Schriftgut in der Verwaltungsgemeinschaft Großlangheim anzuwenden. Diese ist entsprechend zu informieren.“

Der Vollständigkeit halber möchte ich darauf hinweisen, dass das gemeindliche Archivwesen zu dem eigenen Wirkungskreis einer Gemeinde zählt und somit jede Gemeinde eigenständig und in einer Verantwortung darüber entscheidet, wie mit ihrem Archiv, das ja immer wieder als „Gewissen“ einer Gemeinde bezeichnet wird, umgegangen wird.

Abschließend möchte ich meine früheren Hinweise wiederholen, dass die räumliche Situation des Gemeindearchivs vollkommen ungenügend ist.

Die Bürgermeisterin erklärt hierzu, dass in der Zeit, in welcher sie Bürgermeisterin ist, einmal eine Lieferung von mehreren Ordnern an das Archiv übermittelt wurde. Die fehlende Liste mit dem Inhalt wurde vor mehreren Monaten nachgeliefert. Die Liste liegt auf dem Schreibtisch des Archivars.

Weiter hat sie Kontakt mit der Kreisarchivarin aufgenommen. Diese bestätigt, dass die Gemeinden die Schriftsätze nach der o.g. Aussonderungsbekanntmachung aussortieren sollen. Aber sie bestätigt auch, dass dieses in den allermeisten Fällen so ist, dass der Archivar selbst übernimmt.

Weiter teilt die Bürgermeisterin mit, dass es einen Beschluss der VG-Versammlung gibt, nach dem nicht mehr benötigte Akten an die Gemeinden abgegeben werden. Diese Akten sind mit einem Abgabeverzeichnis und Aktenzeichen zu versehen.

Die Bürgermeisterin stellt dem Gemeinderat den Antrag des Archivars zur Abstimmung.

Beschluss:

Die Gemeinde Wiesenbronn wendet ab sofort die Aussonderungsbekanntmachung der Bayerischen Staatsregierung (Aussonderung, Anbietung, Übernahme und Vernichtung von Unterlagen) vom 09.11.1991 für das in Gemeindeangelegenheiten anfallende Schriftgut in der Verwaltungsgemeinschaft Großlangheim an. Diese ist entsprechend zu informieren.“

7. Informationen:

Wanderbus Iphofen – Wiesentheid; geänderte Voraussetzungen

Die Bürgermeisterin informiert aus der Sitzung der Dorfschätze, dass bei den Gemeinden Rödelsee und Rüdenhausen die Beteiligung an der Busverbindung noch nicht klar ist.

Weiter hat sie Kontakt mit dem Weinbauverein aufgenommen und wegen einer eventuellen Kostenbeteiligung angefragt.

Förderung der Breitbanderschließung

Die Bürgermeisterin verliest ein Schreiben der Regierung von Unterfranken. Diese teilt mit, dass sich die Gesamtkosten der Breitbanderschließung auf 80.400,00 Euro belaufen und die Gemeinde Wiesenbronn einen Gesamtzuschuss von 56.280,00 Euro erhält. Dieser Betrag wird demnächst auf das Konto der Gemeinde Wiesenbronn überwiesen. Dem Initiator Gemeinderat Reinhard Hüßner wird gedankt.

Bericht aus der öffentlichen Sitzung der Gemeinschaftsversammlung der Verwaltungsgemeinschaft Großlangheim

Aufgrund von Zeitungsartikeln entstand der Wunsch des Gemeinderates, das Protokoll der öffentlichen Sitzung der Gemeinschaftsversammlung zu lesen. Daher verteilte die Bürgermeisterin Kopien der Niederschrift der letzten öffentlichen Sitzung der Gemeinschaftsversammlung der Verwaltungsgemeinschaft Großlangheim. Die Gemeinderäte lesen sich diese durch.

Ein Gemeinderatsmitglied weist darauf hin, dass es seines Erachtens entgegen der Meinung des Gemeinschaftsvorsitzenden sehr wohl die Aufgabe der Verwaltung ist, Gemeinderatssitzungen vorzubereiten. Hierzu möchte er in den nächsten Wochen entsprechende Kommentierungen vorlegen. Seinem Erachten nach ist der Gemeinschaftsvorsitzende schlecht beraten.

Die Bürgermeisterin ergänzt hierzu, dass mit der Vorbereitung von Sitzungen nicht die „ursprüngliche“ Vorbereitung, wie Sitzungseinladungen gemeint ist, sondern diese, welche über das „Normale“ hinausgehen.

Die Bürgermeisterin wird gefragt, wie eine Gemeinschaftsversammlung einberufen wird. Es wird gewünscht, dass die Gemeinderäte das nächste Mal informiert werden, wenn eine Sitzung statt findet.

Weiter wird moniert, dass die Verwaltung für unwichtige Sachen, zum Beispiel Einsicht in Baupläne, Zeit hat, aber nicht für andere Sachen, wie zum Beispiel die Beratung der Bürgermeisterin.

Weiter wird darauf hingewiesen, dass für die aktuelle Sitzung einen Tag zu spät eingeladen wurden und somit die Rechtsgültigkeit der Beschlüsse in Gefahr ist. Hierauf fragt Gemeinderat Anton Hell, ob der Gemeinderat nicht beschlussfähig ist. Dies wird ihm vom Gemeinderat Hüßner bestätigt.

Hierauf verlässt Gemeinderat Anton Hell den Sitzungssaal.

8. Verschiedenes

Karussell Kirchweih

Die Bürgermeisterin informiert, dass sie eine neue Adresse von einem Karussellbetreiber hat und mit diesem schnellstmöglich Kontakt aufnehmen will, um hoffentlich nächstes Jahr bei der Kirchweih wieder Fahrgeschäfte anbieten zu können.

Anfrage Kreisjugendring; Gelände für Zeltplatz

Der Kreisjugendring möchte im Landkreis einen weiteren Zeltplatz, ähnlich wie der Zeltplatz „Hutzelmühle“ in Geiselwind, errichten. Hierzu wird ein Grundstück von ca. 8.000 – 10.000 qm mit vorhande-

ner oder in der Nähe liegender Kanalisation für eine Versorgungshütte gesucht, welches nicht im Hochwassergebiet liegt.

Die Bürgermeisterin bittet darum, falls Gemeinderäte einen geeigneten Platz wüssten, dies bis zur nächsten Sitzung mitzuteilen.

Freiwilliger Landtausch

Der Freiwillige Landtausch findet über bbv.Landsiedlung statt. Die Bürgermeisterin hat hierzu Kontakt mit Herrn Groll aufgenommen.

Dieser meint, dass es günstiger wäre, es würden noch mehr Flächen für einen Tausch hinzukommen.

Die Bürgermeisterin setzt sich mit dem BBV-Obmann und dem Jagdgenossenvorsitzenden Harald Dennerlein in Verbindung.

200 Jahre Bürgerauszug Castell

Die Bürgermeisterin erinnert noch mal an den Jubiläumsumzug „200 Jahre Bürgerauszug Castell“ am 30. Oktober 2012. Treffpunkt ist um 9:00 Uhr am Rathaus.

Wildschäden

Die Bürgermeisterin informiert, dass am 6. November ein Treffen mit dem Jagdpächter Mark Fleischhacker, Estenfeld, und den Jagdgenossen einberufen wird. Es gibt vermehrt Probleme mit Wildschäden.

Dorfschätze-Sitzung – Energienutzungsvertrag.

Die Bürgermeisterin berichtet aus der Sitzung der Dorfschätze, welche am Vormittag stattgefunden hat.

Herr Wanger von der Energieagentur Unterfranken hat die zwei Angebote für einen Energienutzungsplan verglichen.

Firma IFE (Brautsch)	39.412,80 Euro
----------------------	----------------

Firma Neuland	99.484,00 Euro
---------------	----------------

Er urteilt, dass beide Bieter zur Erstellung eines Energienutzungsplanes befähigt sind und grundsätzlich empfohlen werden können.

Die Förderung beträgt 70 %, der Rest würde auf die teilnehmenden Dorfschätzegemeinden entfallen. Bei einer Teilnahme aller Gemeinden würde der Wiesenbronner Anteil ca. 1.800,-- Euro betragen.

Herr Wanger soll das günstigste Angebot der Gemeinde durchschauen, ob dies auch alle Punkte der oben genannten Firmen enthält.

Umgang mit herausragenden Leistungen im Dorf

Es wird angefragt, wie die Gemeinde mit herausragenden Leistungen im Dorf umgehen soll und wie sie diese entsprechend würdigen kann. Als Beispiel wurde hier der Extrem-Sportler Bernd Paul genannt, welcher jetzt zum dritten Mal das Radrennen „Race around Ireland“ gewonnen hat. Dieses gilt als Europas härtestes Einzelstreckenradrennen mit einer Länge von 2.200 km und insgesamt 24.500 Höhenmeter.

Die Bürgermeisterin fordert die Gemeinderäte auf, sich bis zur nächsten Sitzung hierzu Gedanken zu machen. Dabei sollte aber auch bedacht sein, dass es ja nicht nur überragende sportliche Leistungen gibt, sondern auch schulische. Ebenso können Winzer für ihren Wein prämiert werden. Die Frage stellt sich, ob diese dann auch von der Gemeinde geehrt werden sollen.

Ein möglicher Rahmen wäre der Weinfestempfang oder die Bürgerversammlung.